



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

WIE UMGEHEN MIT DER VERGANGENHEIT?

EIN PLANSPIEL ZUR UMBENENNUNG VON STRASSENAMEN

Handbuch für Schülerinnen und Schüler



INHALT & EINFÜHRUNG

Einführung	2
Kommunalpolitik	3
Rollen im Planspiel	4
Die Parteien und ihre Ziele	5
Rollenprofil	5
Euer Thema: Umbenennung von Straßennamen	5
Hintergrundinformation	6
Kolonialismus	6
Deutscher Kolonialismus.....	6
Deutsche Kolonien vor dem Ersten Weltkrieg.....	7
Eure Verhandlungen	8
Änderungsanträge	9
Abstimmungen	10

LIEBE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER,

dieses Handbuch enthält alle wichtigen Informationen, die ihr für dieses Planspiel braucht. In einem Planspiel wird ein Entscheidungsprozess nachgestellt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schlüpfen in verschiedene Rollen, mit jeweils eigenen Interessen und Zielen. Um eine Einigung zu erreichen, finden Verhandlungen in mehreren Runden statt. So lernt ihr, überzeugende Argumente für „eure“ Meinung zu finden und zu diskutieren. Ihr erfahrt, wie Politik funktioniert und wie schwierig es sein kann, gute Kompromisse zu finden. In diesem Planspiel verhandelt ihr im Gemeinderat der ausgedachten bayerischen Gemeinde Langenhausen über einen erfundenen Vorschlag. Das Planspiel endet mit einer Abstimmung. Es gibt kein vorgeschriebenes Ergebnis. Der Verlauf hängt also ganz von euren Verhandlungen ab! Versucht euch möglichst gut in die Situation hineinzusetzen. Je mehr ihr euch auf eure Rollen einlasst, desto mehr Spaß werdet ihr haben. Sprecht euch zum Beispiel immer mit „Sie“ und euren Rollennamen an. Ihr solltet euch bemühen, eure Ziele durchzusetzen. Natürlich könnt ihr aber auch kompromissbereit sein, um ein gutes Ergebnis zu erzielen.

Alle Parteien, Personen und Meinungen sind ausgedacht und nur ganz grob an real existierende Parteien und deren Positionen angelehnt.

Viel Erfolg für eure Verhandlungen!

**Euer Team der Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit**



Kommunalpolitik

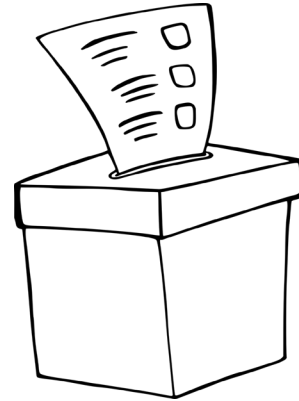
In Bayern gibt es
2.056
Gemeinden.

Wir alle leben in einer **Gemeinde**, man sagt auch **Kommune**. Eine Gemeinde ist entweder ein Dorf oder eine Stadt (mehr als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner). Die Gemeinden dürfen viele Angelegenheiten selbst regeln, das nennt man „kommunale Selbstverwaltung“. Sie müssen also zum Beispiel eine Feuerwehr und die Wasserversorgung organisieren oder die Straßen instand halten. Gemeinden können auch beschließen, ein Schwimmbad oder eine Bibliothek zu bauen. Dabei müssen sie aber immer ihre Finanzen im Blick behalten.

WAHLBERECHTIGT
sind EU-Bürgerinnen und EU-Bürger über 18 Jahren, die seit mindestens zwei Monaten ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben.

Wer entscheidet das?

In Bayern finden alle sechs Jahre Kommunalwahlen statt. Die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger wählen eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister und sie wählen die Mitglieder des Gemeinderats. In Städten heißt es Stadtrat.



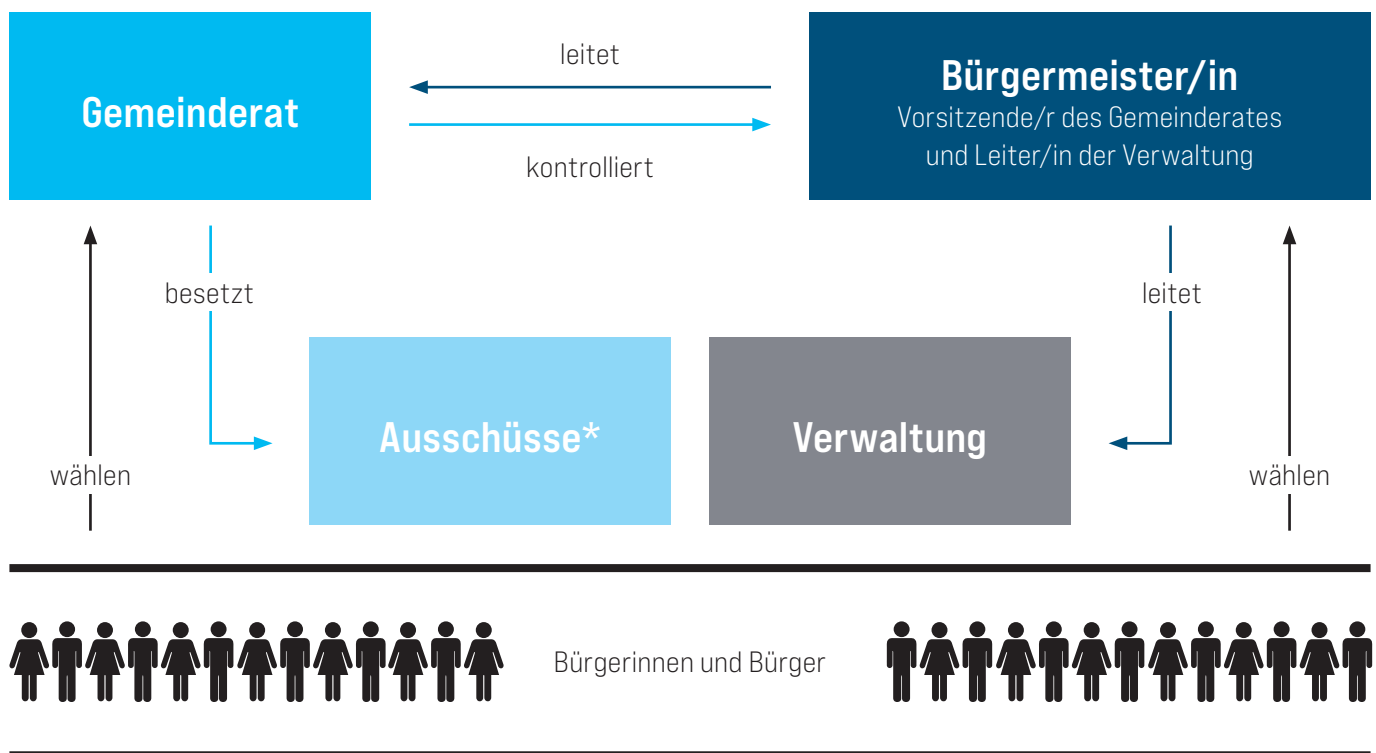
Eine **Bürgermeisterin** bzw. ein **Bürgermeister** hat viele Aufgaben, zum Beispiel:

- » **Leitung der Verwaltung:** Eine Gemeinde beschäftigt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Aufgaben der Gemeinde erledigen. Sie stellen zum Beispiel Geburtsurkunden aus, organisieren den Betrieb des Wertstoffhofs oder sind zuständig für die Ausstattung der Grund- und Mittelschulen. Die Bürgermeisterin ist die Chefin bzw. der Bürgermeister ist der Chef der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde.
- » **Vorsitz im Gemeinderat bzw. Stadtrat:** Das heißt, die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister bereitet die Sitzungen des Gemeinderates vor und leitet sie.

Der **Gemeinderat** verhandelt und entscheidet alle Angelegenheiten, die besonders wichtig sind oder die finanzielle Auswirkungen für die Gemeinde haben, die also Geld kosten. Andere Themen darf die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister alleine regeln. Außerdem kontrolliert der Gemeinderat die Verwaltung. Er überprüft also zum Beispiel, ob die Verwaltung die Entscheidungen umsetzt, die der Gemeinderat getroffen hat.

Der Gemeinderat stimmt über Beschlüsse ab. Die Mitglieder des Gemeinderats dürfen nur mit „Ja“ oder „Nein“ stimmen, es gibt keine Enthaltungen. Ein Beschluss wird mit einfacher Mehrheit gefasst. Das heißt, der Antrag ist angenommen, wenn es mehr Ja- als Nein-Stimmen gibt. Bei gleich vielen Ja- und Nein-Stimmen ist der Antrag abgelehnt.

Die Süddeutsche Ratsverfassung



*Ausschüsse werden in diesem Planspiel nicht berücksichtigt

Rollen im Planspiel

Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister hat eine besonders wichtige Rolle. Sie oder er leitet die Gemeinderatssitzung. Gleichzeitig ist sie oder er auch Mitglied einer Partei und will die eigenen Vorstellungen durchsetzen.

Die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sind keine Mitglieder des Gemeinderats und dürfen also nicht abstimmen. Aber sie leiten, zusammen mit der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister, die Sitzungen und beraten den Gemeinderat.

Alle anderen Rollen bilden den Gemeinderat. Es gibt vier erfundene Parteien bzw. Fraktionen.

Rollenprofil

In dem Planspiel vertrittst du nicht deine eigene Meinung, sondern schlüpfst in eine Rolle. In deinem Rollenprofil findest du Informationen zu der Person, die du spielst und ihren politischen Zielen. Versuche dich an die Vorgaben deiner Rolle zu halten. Bemühe dich, die genannten Ziele durchzusetzen. Die anderen wissen nicht, welche Verhandlungsposition du hast. Aus taktischen Gründen solltest du dir nicht in die Karten schauen lassen. Auf der Rückseite deines Rollenprofils findest du den Ablauf eurer Verhandlungen.

Die Parteien und ihre Ziele



KPB Konservative Partei Bayerns

» Starke Wirtschaft, Bewahrung von Traditionen und Werten, Sicherheit, christliches Menschenbild, Familie, Wohlstand durch eigene Anstrengung



BLP Bayerische Liberale Partei

» Freiheit, niedrige Steuern, starke Wirtschaft, Unternehmertum, Digitalisierung, Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft



BNU Bündnis für Naturschutz und Umwelt

» Umwelt- und Klimaschutz, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Teilhabe aller Menschen an Politik und Gesellschaft, Gewaltfreiheit, Menschenrechte



BSP Bayerische Soziale Partei

» Soziale Gerechtigkeit, Ausgleich zwischen armen und reichen Menschen, Solidarität, sichere Arbeitsplätze, faire Bezahlung, starker Sozialstaat, gleiche Chancen für alle

FRAKTION

Die Mitglieder eines Parlaments oder eines Gemeinderats, die derselben Partei angehören, schließen sich zu einer Fraktion zusammen. Manchmal bilden auch mehrere Parteien eine gemeinsame Fraktion zusammen, z.B. CSU und CDU im Bundestag



R. v. Bennigsen,
Gouverneur v. Deutsch-Neuguinea.

RUDOLF VON BENNIGSEN,

Gouverneur von
Deutsch-Neuguinea, 1901.

Euer Thema: Umbenennung von Straßennamen

In Langenhausen wird seit über einem Jahr über die **Bennigsenstraße** diskutiert. Einige Bürgerinnen und Bürger haben sich zu einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen und fordern, dass die Straße umbenannt wird. Hintergrund ist der Namensgeber: Rudolf von Bennigsen (1859 - 1912) war ein deutscher Kolonialbeamter. Ab 1893 war er Finanzdirektor und Stellvertreter des Gouverneurs in der deutschen Kolonie Deutsch-Ostafrika. Er war u.a. an der Einführung der sogenannten „Hüttensteuer“ beteiligt. Da die deutschen Kolonien nicht den erhofften Gewinn einbrachten, sondern im Gegenteil sehr teuer waren, wurden von den Einheimischen Steuern gefordert. Wer nicht bezahlen konnte, wurde zur Zwangsarbeit verurteilt. Die oft brutale Eintreibung der Steuern führte zu Aufständen der einheimischen Bevölkerung, die wiederum blutig niedergeschlagen wurden. Von 1899 bis 1901 war Bennigsen der erste Gouverneur der neuen deutschen Kolonie Deutsch-Neuguinea. Er war dort auch verantwortlich für sogenannte „Strafexpeditionen“. Dabei wurde oft brutale Rache an Einheimischen genommen, die sich gegen ihre Entrechtung und den Verlust ihrer Lebensgrundlagen gewehrt hatten.¹

HINTERGRUNDINFO

Kolonialismus

Unter **Kolonialismus** versteht man grundsätzlich eine Herrschaftspraxis, verbunden mit der Expansion einer Gesellschaft über ihr eigenes Territorium hinaus. Diese Gesellschaft errichtet eine Fremdherrschaft über eine andere, kulturell und geschichtlich unterschiedliche Gesellschaft. Die kolonisierte Gesellschaft wird politisch unterdrückt, wirtschaftlich ausgebeutet und hat meist keine Möglichkeit zu einer selbstbestimmten Lebensführung mehr. Die kolonisierende Gesellschaft eignet sich Ressourcen und Arbeitskraft der Kolonisierten, oft gegen deren Widerstand, gewaltsam an. Gerechtfertigt wird die Herrschaftsausübung typischerweise mit einer angenommenen kulturellen Überlegenheit der Kolonisierenden und dem Gedanken einer zivilisatorischen Mission.

Als Kolonialismus bezeichnet man auch die Phase der europäischen Expansion ab dem 15. Jahrhundert. Diese begann mit der Eroberung Amerikas, erreichte mit der Kolonisierung großer Teile Afrikas, Asiens und Ozeaniens im 19. Jahrhundert ihren Höhepunkt und hat bis heute gravierende Auswirkungen für die kolonialisierten Gesellschaften.

Deutscher Kolonialismus

Bis zur Reichsgründung 1871 bestand das spätere Deutschland aus vielen Einzelstaaten. Die großen Kolonialmächte Spanien, Portugal, England und Frankreich teilten die Welt unter sich auf. Erst ab 1884 verfolgte auch das Deutsche Reich eine offizielle Kolonialpolitik. Im Vordergrund standen die Suche nach neuen Ressourcen, Absatzmärkten und Siedlungsgebieten und der Wunsch, sich als Weltmacht Geltung zu verschaffen. Sogenannte „Schutzgebiete“ wurden u.a. in Deutsch-Neuguinea (heute u.a. nördlicher Teil Papua-Neuguineas) Deutsch-Ostafrika (heute Tansania, Ruanda, Burundi), Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia), Kamerun, Togo und Kiautschou in Nordostchina errichtet. Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs 1918 verlor das Deutsche Reich alle Kolonien.

Die **deutsche Kolonialgeschichte** spielte in der öffentlichen Wahrnehmung lange keine große Rolle. Insbesondere die Aufarbeitung des Völkermords an den Herero und Nama im heutigen Namibia befeuerte jedoch die Diskussion über den Umgang mit diesem Kapitel der deutschen Geschichte. Die lokale Bevölkerung des damaligen Deutsch-Südwestafrikas (heute: Namibia) wehrte sich gegen die deutsche Kolonialmacht. Daraufhin befahl Generalleutnant Lothar von Trotha die völlige Vernichtung der dort lebenden indigenen Völker der Herero und Nama. Bis zu 100.000 Menschen wurden zwischen 1904 und 1908 durch deutsche Truppen ermordet, verdursteten - eingekesselt und bewusst von Wasserstellen abgeschnitten - in der Omaheke-Wüste oder starben in Lagern. Deutschland übernahm für diesen Völkermord erst nach langen Verhandlungen im Mai 2021 die Verantwortung. Heute umfasst die Diskussion darüber, wie wir mit der deutschen Kolonialgeschichte umgehen sollten, auch Debatten über die Ehrung deutscher Kolonialverbrecher durch Straßennamen und Denkmäler, Auseinandersetzungen über die Rückgabe geraubter Kulturgüter oder die Suche nach Lösungen für die fortbestehende wirtschaftliche Ausbeutung des sogenannten globalen Südens sowie strukturellen Rassismus.

DEUTSCHE KOLONIEN VOR DEM ERSTEN WELTKRIEG



	Bevölkerung 1914	Fläche in km ²
Deutsch-Ostafrika _____	7.650.000	1.020.000
Kamerun _____	3.327.800	504.000
Togo _____	1.031.400	88.000
Kaiser-Wilhelm-Land/Bismarck-Archipel _____	719.000	230.000
Qingdao _____	196.400	560
Deutsch-Südwestafrika _____	95.000	830.000
Samoa _____	35.500	25.500
Karolinen/Marianen/Marschallinseln/Palau _____	15.500	13.200

Eure Verhandlungen

In diesem Planspiel kann man natürlich nicht den ganzen Entscheidungsprozess nachstellen. Wir konzentrieren uns deswegen auf die abschließende Abstimmung im Gemeinderat.

Zuvor ist Folgendes passiert:

Die Bürgerinitiative „Keine Ehrung für Verbrecher! Neue Straßennamen für Langenhausen“ hat ihr Anliegen an den Gemeinderat herangetragen und Infoabende veranstaltet. Die lokale Presse hat mehrfach über die Diskussionen berichtet. Im Gemeinderat gibt es unterschiedliche Auffassungen.

1. Umbenennung der Bennigsenstraße

- » **Keine Umbenennung:** Manche Mitglieder des Gemeinderats lehnen eine Umbenennung der Bennigsenstraße strikt ab und möchten die Diskussion beenden.
- » **Hinweistafeln:** Andere wollen die Bennigsenstraße ebenfalls nicht umbenennen, die Straßenschilder aber mit Hinweistafeln versehen, die über die Taten des Namensgebers informieren.
- » **Umbenennung:** Eine weitere Gruppe möchte die Bennigsenstraße umbenennen und stattdessen eine Frau oder eine Person mit Migrationsgeschichte würdigen.

Die Diskussion beinhaltet auch noch einen weiteren Aspekt. Sollte sich Langenhausen nur mit der Bennigsenstraße auseinandersetzen oder sollen alle Straßen untersucht werden, um weitere problematische Fälle aufzudecken? Auch in diesem Punkt gehen die Meinungen auseinander.

ABSTIMMUNGSREGELN:

- » Verwaltung nicht stimmberechtigt, Bürgermeisterin bzw. Bürgermeister schon.
- » Nur Ja- oder Nein-Stimmen, keine Enthaltungen.
- » Mehr Ja- als Nein-Stimmen: Antrag angenommen.



2. Untersuchung weiterer Straßennamen

- » **Keine Überprüfung:** Einige Mitglieder des Gemeinderats lehnen eine Studie zur Untersuchung aller Straßennamen strikt ab.
- » **Überprüfung durch Verwaltung:** Eine Gruppe schlägt vor, dass die Gemeindeverwaltung aller Straßennamen Langenhausens prüfen und dem Gemeinderat problematische Fälle vorlegen sollte.
- » **Externe Überprüfung:** Andere verlangen wiederum die Überprüfung aller Straßennamen durch unabhängige Expertinnen und Experten.

Keine dieser Gruppen hat eine Mehrheit im Gemeinderat, es konnte also noch keine Einigung erzielt werden. Deshalb schlagen Bürgermeisterin bzw. Bürgermeister Winterberger und die Verwaltung dem Gemeinderat die folgenden beiden Beschlussvorlagen vor:

- » **Antrag 1:** Der Gemeinderat möge beschließen, dass an allen Straßenschildern der Bennigsenstraße Hinweistafeln angebracht werden, die über die Taten des Namensgebers Rudolf von Bennigsen informieren.
- » **Antrag 2:** Der Gemeinderat möge beschließen, dass keine weiteren Untersuchungen der Straßennamen von Langenhausen veranlasst werden.

Ihr spielt die Sitzungen der Fraktionen und des Gemeinderats nach und verhandelt über die beiden strittigen Punkte – Umbenennung der Bennigsenstraße und Untersuchung weiterer Straßennamen. Am Ende soll in der Schlussabstimmung eine endgültige Lösung gefunden werden.

Änderungsanträge

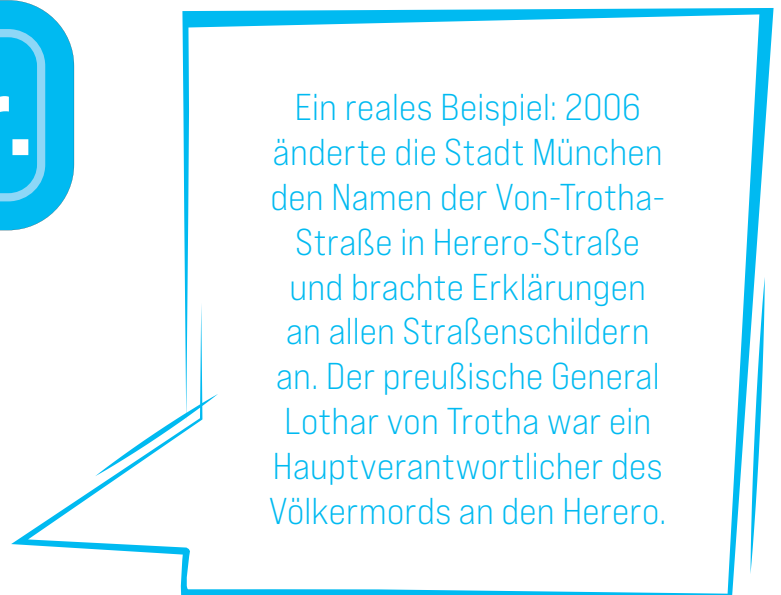
Falls keine Fraktion einen Änderungsantrag stellt, wird über die Beschlussvorlagen der Verwaltung abgestimmt. Stimmt eine Mehrheit einem dieser beiden Anträge zu, tritt er so in Kraft. Findet sich keine Mehrheit, ist er abgelehnt. Das bedeutet, alles bleibt so, wie es jetzt ist.

Seid ihr mit der Beschlussvorlage nicht einverstanden, könnt ihr entweder einen Änderungsantrag stellen, der die Beschlussvorlage **ergänzt**. Zum Beispiel:

Antrag 1: Der Gemeinderat möge beschließen, dass an allen Straßenschildern der Benningsenstraße Hinweisschilder angebracht werden, die über die Taten des Namensgebers Rudolf von Bennigsen informieren. **Außerdem soll das Stadtmuseum beauftragt werden, eine Ausstellung über die deutsche Kolonialgeschichte zu organisieren.**

Oder ihr stellt einen Änderungsantrag, der die Beschlussvorlage **ersetzt**, also etwas Anderes vorschlägt. Zum Beispiel:

Antrag 1: Der Gemeinderat möge beschließen, die Benningsenstraße umzubenennen. **Die Verwaltung wird beauftragt, eine Befragung der Anwohnerschaft zu organisieren, um Vorschläge für den neuen Straßennamen zu sammeln.**



Abstimmungen

Zunächst stellen alle Fraktionen ihre Änderungsanträge vor. (Vielleicht gibt es auch gemeinsame Änderungsanträge von mehreren Fraktionen.) Nach der Vorstellung und evtl. einer kurzen Diskussion stimmt ihr **nacheinander über jeden einzelnen Änderungsantrag ab**.

Jetzt kommt es zur **finalen Schlussabstimmung**. Ihr stimmt über das „Gesamtpaket“, also über alle angenommenen Änderungsanträge insgesamt, ab.

Warum braucht man die Schlussabstimmung über das „Gesamtpaket“? Ein Beispiel: Angenommen zwei Änderungsanträge haben eine Mehrheit bekommen. Änderungsantrag 1 wurde von KPB und BLP unterstützt, Änderungsantrag 2 von BLP, BNU und BSP. Bei der finalen Schlussabstimmung über beide Änderungsanträge gemeinsam kann die KPB noch einmal überlegen, ob sie das „Gesamtpaket“ unterstützt, obwohl sie Änderungsantrag 2 ablehnt.

Keine Fraktion hat alleine die Mehrheit, man muss also mit anderen Fraktionen zusammenarbeiten. Könnt ihr andere Mitglieder des Gemeinderates von eurer Meinung überzeugen? Oder findet ihr Kompromisse, denen eine Mehrheit zustimmen kann?

Viel Erfolg für eure Verhandlungen und viel Spaß beim Planspiel!

Euer Team der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

EINE KURZE ZUSAMMENFASSUNG EURER GRUNDSÄTZLICHEN AUFGABEN:

- » Eine Position finden, welche die meisten Mitglieder der Fraktion unterstützen.
- » Einen Änderungsantrag stellen, falls diese Position nicht mit den Beschlussvorlagen übereinstimmt.
- » Für die eigene Position bei den anderen Fraktionen werben, um eine Mehrheit zu bekommen.

Den genauen Ablauf des Planspiels findet ihr auf der Rückseite eures Rollenprofils.

Quelle Titelbild:	Foto: David Ebener/dpa
Fußnote 1 S.5	Vgl.: O.N.: Vor 115 Jahren: Der Maji-Maji-Aufstand. URL: https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/209829/der-maji-maji-aufstand-und-bennigsen,-rudolf-von . In: Deutsche Biografie. URL: https://www.deutsche-biographie.de/sfz3747.html . (Aufruf am 20.01.2022).
Text S. 6	angelehnt an: Christoph Kienemann: Kolonialismus. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32722 und O.N.: Die koloniale(n) Debatte(n) und das museale Selbstverständnis. Ein Positionspapier des Ethnologischen Museums. URL: https://www.smb.museum/museen-einrichtungen/ethnologisches-museum/sammeln-forschen/kolonialismus/ und O.N.: Völkermord an Herero und Nama: Abkommen zwischen Deutschland und Namibia. URL: https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/335257/abkommen-zwischen-deutschland-und-namibia (Aufruf am 20.01.2022).
Grafik S.9	Straßenschild, grundlegende Grafik designed by upklyak/Freepik

Impressum

Herausgegeben von der

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
 Engelschalkinger Str. 12, 81925 München
 Telefon: 089-9541154-00
www.blz.bayern.de
landeszentrale@blz.bayern.de
 Ansprechpartner: Barbara Weishaupt, Alexander Müller

Planspielkonzeption



Eurosoc GmbH
 Am Rheinufer 4
 78467 Konstanz
 Telefon: 07531-5843890
ralf.derwing@eurosoc.de

Gestaltung

Mumbeck – Agentur für Werbung GmbH, Wuppertal

BLZ auf Social Media

